



Sicherheit stärken!

Nordrhein-Westfalen kann mehr



Die Landtagsfraktion

CDU

www.cdu-nrw-fraktion.de



Die CDU-Landtagsfraktion hat 68 Mitglieder. Sie sind bei der Landtagswahl am 12. Mai 2012 direkt oder über die Landesliste aus allen Regionen Nordrhein-Westfalens gewählt worden. Innerhalb der CDU-Fraktion gibt es 22 verschiedene Arbeitskreise, in denen die wichtigen landespolitischen Themen bearbeitet werden. Alle Informationen zu den Abgeordneten und der Arbeit der Fraktion finden Sie im Internet:

www.cdu-nrw-fraktion.de

 @CDUNRW_Fraktion

 CDU-Landtagsfraktion NRW

 CDUFraktionNRW

 cdu_fraktion_nrw



Viele Lesern und Leser,

Unser Rechtsstaat muss die Sicherheit in unserem Land gewährleisten. Der Schutz unserer Rechte ist zugleich die Wahrung unserer Freiheit. Die schrecklichen Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015, Berichte über rechtsfreie Räume im Ruhrgebiet und ein neues Rekordniveau bei der Anzahl von Wohnungseinbrüchen haben das Sicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen jedoch nachhaltig geschädigt.

Die CDU-Landtagsfraktion steht dafür ein, dass sich jeder Mensch an jedem Ort unseres Landes sicher fühlen kann. Kriminalität muss konsequent und nachhaltig bekämpft werden. Unser Rechtsstaat muss zu jeder Zeit vollumfänglich einsatzbereit sein. Dafür wollen wir unsere Landespolizei stärken. Der Dienst unserer Polizeibeamtinnen und -beamten für unsere Sicherheit braucht die volle Rückendeckung durch die Politik.

Armin Laschet

Armin Laschet, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Rechtsfreie Räume darf es nicht geben

Die schrecklichen Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015 haben das Vertrauen der Menschen in die Sicherheitsbehörden unseres Bundeslandes schwer erschüttert. Hunderte Akte sexueller Gewalt konnten nicht verhindert werden – und das auf einem der prominentesten Plätze des Landes. Der Kölner Hauptbahnhof und die Domplatte waren über Stunden eine „No-Go-Area“ für Frauen.

Für viele Menschen stellten die Ereignisse in Köln den vorläufigen Höhepunkt einer schon länger erkennbaren Entwicklung dar. Denn das Gefühl, dass es in Nordrhein-Westfalen erhebliche Fehlentwicklungen im Bereich der Inneren Sicherheit gibt, war schon zuvor gewachsen. Nach der Eskalation der Gewaltdemonstration der sogenannten Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) in Köln im Jahr 2014 hatte es bereits im Spätsommer 2015 Berichte über Regionen im Ruhrgebiet gegeben, in denen

die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nach Einschätzung der Polizei akut gefährdet und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bereits nachhaltig negativ beeinträchtigt sei. Die örtlichen Polizisten selbst bezeichneten diese Stadteile als rechtsfreie Räume. Hinzu kommt: mit einer Quote von 49,6 Prozent bei der Aufklärung von Straftaten belegt unser Bundesland schon jetzt den letzten Platz unter den bundesdeutschen Flächenländern.

Für die CDU-Fraktion steht fest: Es darf nirgendwo in unserem Land Räume geben, in denen der Rechtsstaat nicht durchgreifen kann. Um dies sicherzustellen, muss zum einen die Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen neu ausgerichtet werden. Zum anderen müssen wir unseren Sicherheitsbehörden die Ermittlungsinstrumente an die Hand geben, die für eine effektive Prävention und Aufklärung von Straftaten notwendig sind.



Mehr Polizei auf die Straße

Polizeibeamte, die für unsere öffentliche Sicherheit eintreten sollen, gehören auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch. Um die Polizeipräsenz flächendeckend erhöhen zu können, muss der Polizeivollzugsdienst durch die Einstellung so genannter „Polizeiverwaltungsassistenten“ von bürokratischen Tätigkeiten entlastet werden. Nachdem Rot-Grün in den letzten Jahren einen massiven Polizei-Abbau im ländlichen Raum betrieben hat, gilt es zudem, das bestehende System der Kräfteverteilung sachgerecht fortzuentwickeln. Bei der künftigen Verteilung von Polizeikräften auf die Kreispolizeibehörden muss neben dem Kriminalitäts- und Verkehrsunfallaufkommen auch ein Flächenansatz berücksichtigt werden.



Kriminalpolizei stärken

Die Anzahl von Straftaten hat sich in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Gleichzeitig wurde die Anzahl von Kriminalpolizisten aber nicht in dem notwendigen Maße gesteigert. Wir sprechen uns dafür aus, den Anteil der Kriminalpolizei am Gesamtpersonalbestand der Polizei durch Personalumschichtungen deutlich aufzustocken. Um die Einsatzkraft der Polizei gerade in der Kriminalitätsbekämpfung dauerhaft zu erhöhen, fordern wir zudem die Einführung der Schwerpunktstudiengänge „Schutzpolizei“ und „Kriminalpolizei“ in der Polizeiausbildung nach dem Vorbild anderer Bundesländer.



Terroristischer Bedrohung entgegentreten

Die Gefahr terroristischer Anschläge in Europa, Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen ist gestiegen. Dies gilt insbesondere für den islamistischen Terrorismus. Die Zahl der salafistischen Gefährder in Nordrhein-Westfalen hat sich seit Antritt der rot-grünen Landesregierung mehr als verfünffacht. Allein die Zahl der minderjährigen Salafisten hat sich in den vergangenen zwei Jahren verdoppelt. Jeder 15. Moscheevereiner in Nordrhein-Westfalen ist inzwischen salafistisch beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund müssen die Präventionsangebote für ausstiegswillige Mitglieder der salafistischen Szene deutlich ausgeweitet werden.

Zudem plädieren wir für die Gründung eines gesonderten „Digitalen Kompetenzzentrums zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen“, das Radikalisierungstendenzen und Sympathiebekundungen

für Terrororganisationen in den sozialen Netzwerken früh erkennt. Für den Ernstfall muss unsere Landespolizei die Schutzausrüstung und Bewaffnung erhalten, die sie im Anti-Terrorkampf benötigt und regelmäßig gemeinsame Anti-Terror-Übungen mit der Bundeswehr durchführen.

Der NRW-Verfassungsschutz muss bessere Mittel zur Informationserhebung erhalten. Dazu zählen insbesondere die akustische Wohnraumüberwachung und die Online-Durchsuchung.

Darüber hinaus muss die Sympathiewerbung für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen wieder unter Strafe gestellt werden. Das Staatsangehörigkeitsrecht muss dahingehend geändert werden, dass deutsche Dschihad-Söldner mit zusätzlicher ausländischer Staatsangehörigkeit automatisch ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.



Videobeobachtung ausweiten

Um dem Entstehen von „No-Go-Areas“ vorzubeugen und die Sicherheit an öffentlichen Plätzen zu erhöhen, spricht sich die CDU-Landtagsfraktion für eine Ausweitung der Videobeobachtung und eine Erhöhung der Polizeipräsenz an potentiellen Kriminalitätsbrennpunkten aus. Polizei muss präven-

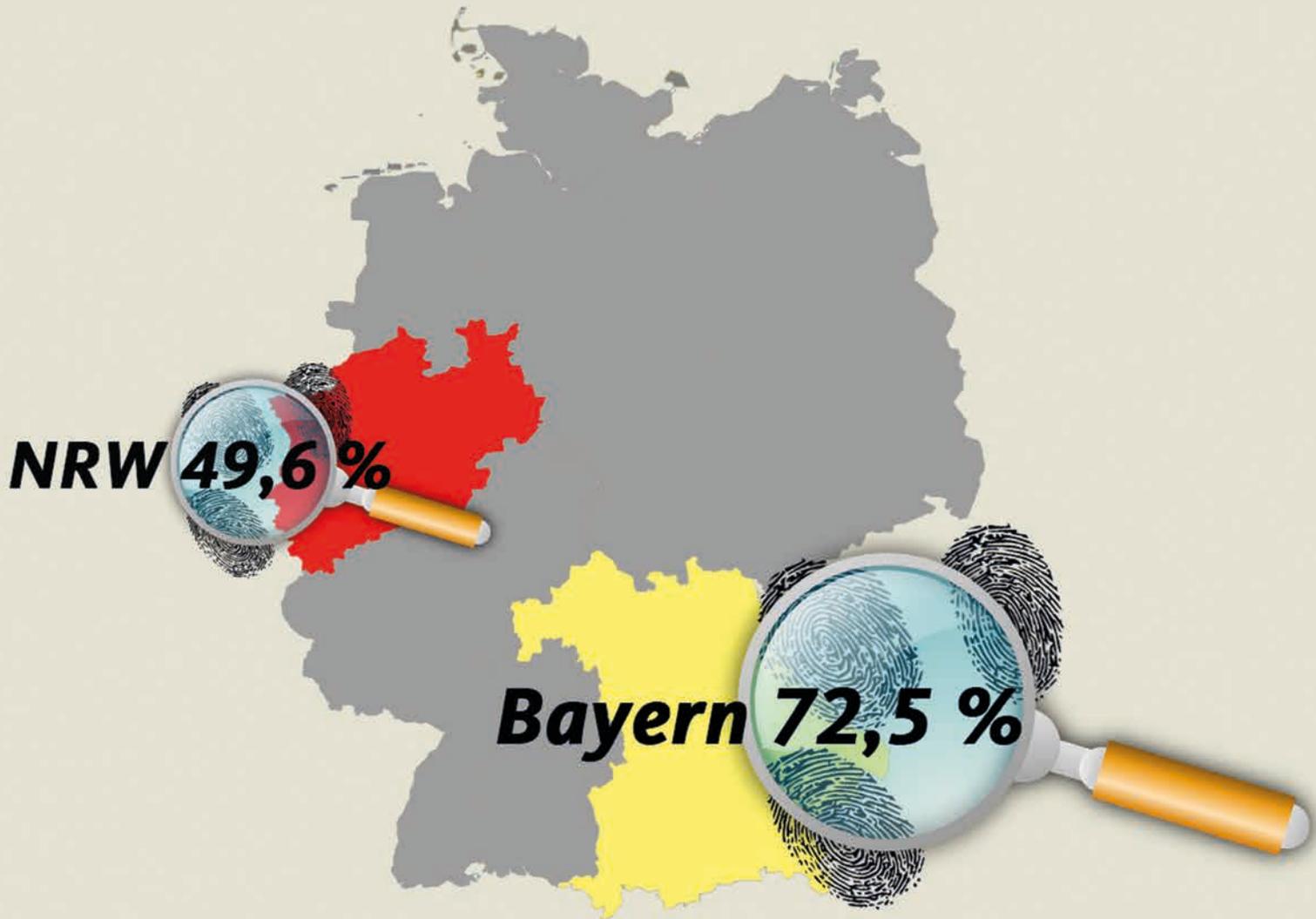
tiv präsent sein – nicht erst dann, wenn es bereits zu schwerwiegenden Vorfällen gekommen ist. Zu einer erfolgreichen Polizeiarbeit in diesem Bereich gehören zudem die Ausweitung von Intensivtäterkonzepten und die konsequente Verfolgung auch niederschwelliger Ordnungswidrigkeiten.

Blitzer-Marathons abschaffen

Bis heute konnte ein Nutzen des so genannten Blitzer-Marathons für die Verkehrssicherheit nicht nachgewiesen werden. Andere Bundesländer haben das Projekt deswegen und aufgrund der hohen Arbeitsbelastung ihrer Landespoli-

zei bereits aufgegeben. Wir wollen die zeit- und personalintensiven Blitzer-Marathons in Nordrhein-Westfalen komplett abschaffen und die freiwerdenden Personalressourcen sinnvoller einsetzen.

Aufklärungsquote von Straftaten im Jahr 2015



Wohnungseinbrüche bekämpfen

Seit die rot-grüne Landesregierung die Verantwortung für die Innere Sicherheit trägt, hat sich Nordrhein-Westfalen zur „Einbrecherhochburg“ Deutschlands entwickelt. Im Jahr 2015 gab es in unserem Bundesland 62.362 Wohnungseinbrüche – ein neues Rekordniveau. Damit wurde in Nordrhein-Westfalen so oft eingebrochen wie im selben Zeitraum in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammen. Seit dem Amtsan-

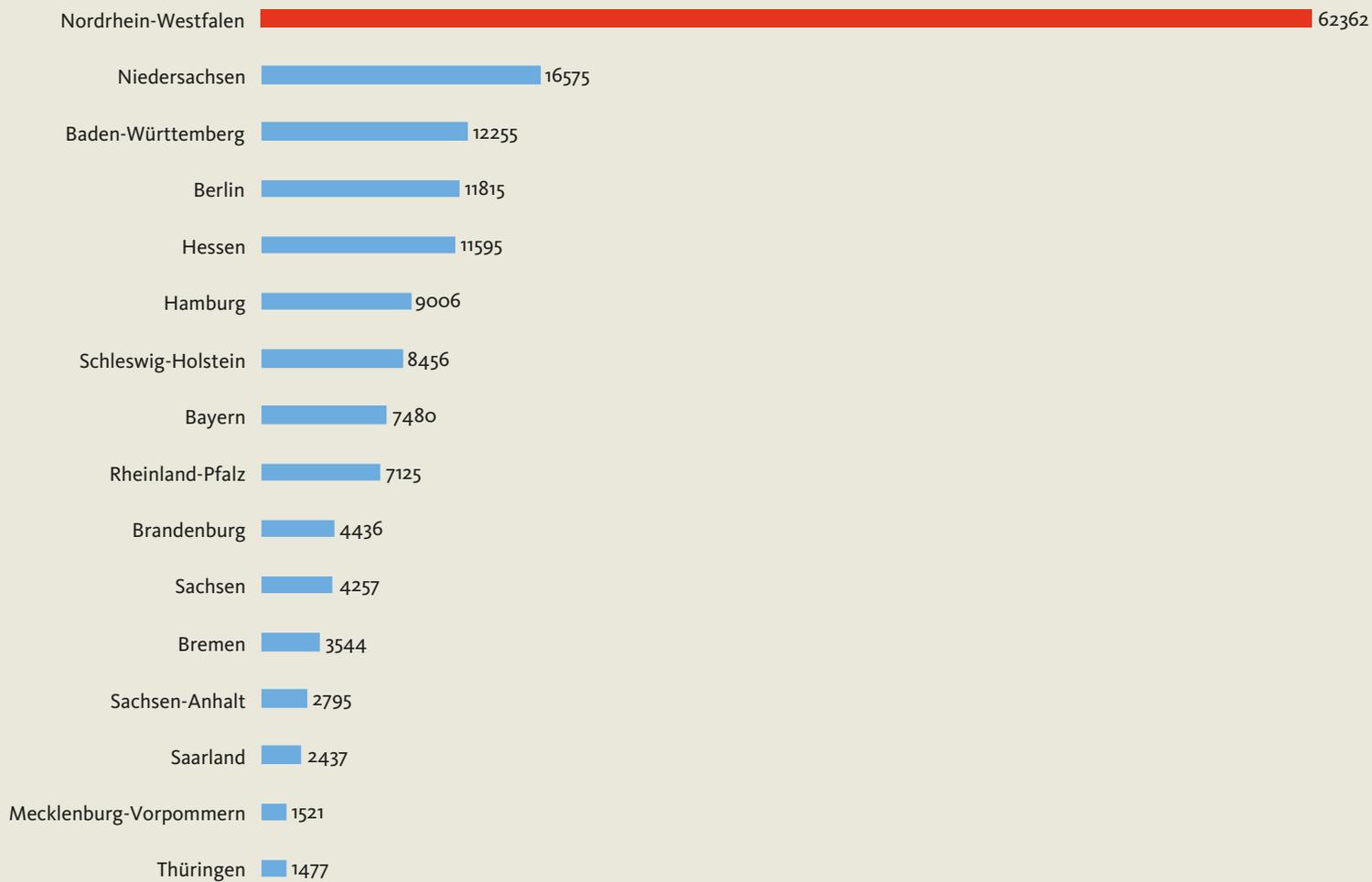
tritt von Innenminister Ralf Jäger ist die Zahl der Wohnungseinbrüche um 39 Prozent gestiegen. Das Risiko, in Nordrhein-Westfalen Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist sechsmal so hoch wie in Bayern. Die Landesregierung findet dafür immer neue Erklärungen, setzt aber vor allem auf den Selbstschutz der Bürgerinnen und Bürger. Die CDU-Landtagsfraktion will die Einbruchskriminalität mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog aktiv bekämpfen.

Ermittlungskommissionen stärken

Die Anzahl von Ermittlungskommissionen bei der Polizei soll verdoppelt werden. Sie sind der Schlüssel für eine erfolgreiche und nachhaltige Bekämpfung der Einbruchskriminalität, da sie Taten von Banden gerichtsverwertbar nachweisen können.

Dies ermöglicht nicht nur die Verurteilung zu angemessenen Haftstrafen, sondern dient auch der Aufklärung und der Vorbeugung von Wohnungseinbrüchen. Eine erfolgreiche Verfolgung durch die Justizbehörden ist der erste Schritt zur Prävention.

Gemeldete Wohnungseinbrüche im Jahr 2015





Einsatz computergestützter Prävention

Wir fordern den zeitnahen landesweiten Einsatz von computergestützten Präventionsprogrammen in Nordrhein-Westfalen (sogenanntes „Predictive Policing“). Diese Computerprogramme sind in der Lage, aus den Einbruchsdaten der vergangenen Jahre die Wahrscheinlichkeiten für das zukünftige

Auftreten von Einbrüchen an anderen Orten zu berechnen. Die Schweiz und Bayern haben dieses Verfahren bereits erfolgreich getestet und in mehreren Behörden in den Dauerbetrieb überführt. Dies muss nun auch in unserem Bundesland geschehen.

Schleierfahndung ermöglichen

Wir sprechen uns mit Nachdruck für die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für verdachtsunabhängige Personen- und Fahrzeugkontrollen („Schleierfahndung“) als Ermittlungsinstrument der Polizei aus. Sie erlaubt einzelne Kontrollen im Grenzgebiet und auf Straßen von erheblicher

Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr. Während dieses Instrument von der Bundespolizei und von 13 Ländern seit Jahren erfolgreich eingesetzt wird, weigert sich Rot-Grün, eine entsprechende rechtliche Grundlage im nordrhein-westfälischen Polizeigesetz zu schaffen.

Sicherheitskooperationen mit Nachbarländern

Neben der Schleierfahndung sind auch grenzüberschreitende Sicherheitskooperationen ein Mittel zur Bekämpfung der internationalen Banden- und Einbruchskriminalität. Die Landesregierung muss in Sicherheitsfragen viel enger mit den angrenzen-

den Bundesländern Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz kooperieren und auch die Polizeizusammenarbeit im Grenzgebiet zu unseren Nachbarstaaten Belgien und Niederlande deutlich verbessern.



Wohnungseinbrecher härter bestrafen

Die nach geltendem Recht mögliche Anerkennung „minder schwerer Fälle“ mit deutlich reduzierten Strafrahmen für den Wohnungseinbruchsdiebstahl gehört abgeschafft. Für den Wohnungseinbruchsdiebstahl muss künftig eine Mindestfreiheitsstrafe

von einem Jahr gelten. Zudem sollen die Ermittlungsbehörden in die Lage versetzt werden, in Zukunft auch bei Einbrechern Telekommunikationsüberwachung durchführen zu können.

Gewalt gegen Einsatzkräfte bekämpfen

Im Jahr 2015 gab es in Nordrhein-Westfalen über 6.500 Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt. Nach Berechnungen der Gewerkschaft der Polizei wird inzwischen alle 67 Minuten ein nordrhein-westfälischer Polizeibeamter angegriffen. Auch die Anzahl der Übergriffe auf Feuerwehrleute (+67 Prozent) und Rettungskräfte (+30 Prozent) ist seit 2011 erheblich gestiegen.

Um der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte zu begegnen, befürworten wir den Einsatz von Mini-Schulterkameras (Body-Cams). Zudem ist ein verbesserter strafrechtlicher Schutz von

Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften unabdingbar. Angriffe auf sie sollen mit einer Mindeststrafe von sechs Monaten geahndet werden. Außerdem setzen wir uns für die Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen für Beamte durch das Land ein, wenn der Schädiger zahlungsunfähig ist.

Die Wertschätzung für den Dienst unserer Frauen und Männer in Uniform muss konkret sein. Wir wollen sie in ihrer Auftragserfüllung so umfassend wie möglich unterstützen und so gut wie möglich schützen.

Impressum

Stand: November 2016

Herausgeber:

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Tel.: 0211-884-2213 | Fax: 0211-884-3308

cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de

www.cdu-nrw-fraktion.de

Redaktion:

Nils Sönksen

Dr. Christoph Weckenbrock

Fotos:

dpa

Picture Alliance

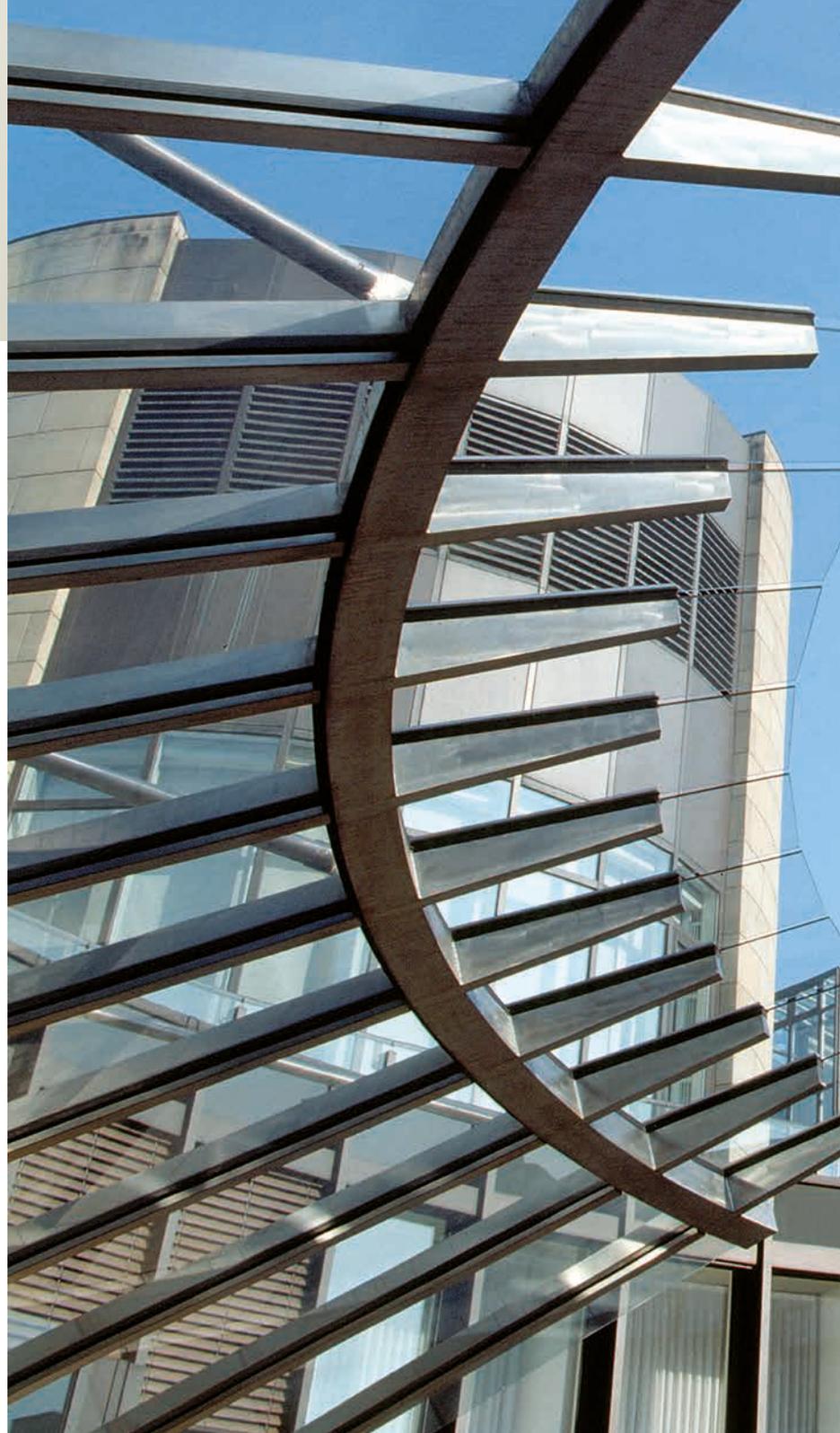
Polizei Rosenheim

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Bildarchiv des Landtags Nordrhein-Westfalen/

Bernd Schälte

Diese Broschüre darf nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.







Die Landtagsfraktion

CDU

www.cdu-nrw-fraktion.de